Antrag Nr. 45

Fraktion Rüsselsheim SPD | BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN | DIE LINKE Liste SOLIDARITÄT | Fraktion FW/FNR FREIE WÄHLER Forum Neues Rüsselsheim

Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

15.06.2019

Antrag zur Verweisung
Wiederbelebung der Partnerschaft mit den Rüsselsheimer Partnerstädten unter dem Motto „Rüsselsheimer Städtepartnerschaften wiederbeleben".

Beschluss
Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird aufgefordert:

1. ein Konzept zur Wiederbelebung des Austauschs mit den europäischen Partnerstädten Rüsselsheims zu entwickeln und vorzulegen.
2. im Rahmen der Konzepterstellung die jährlichen Sach- und Personalkosten darzustellen.
3. während der Erarbeitung des Konzepts neben Vertreter*innen der Verwaltung auch Vertreter*innen der Rüsselsheimer Verbände, im Stadtparlament vertretene Parteien und Listen und themenbezogene Initiativen (Bsp. Energie, Mobilität, Wohnen, Umwelt) einzubinden.
4. bei der Erarbeitung darauf zu achten, inwiefern auch Drittgelder (u.a. Gelder der Europäischen Union, Bund, Land) zur Unterstützung der Städtepartnerschaften herangezogen werden können.
5. bei der Konzepterstellung insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:
    a. Adressat der Wiederbelebung des Austauschs sind alle Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger und alle Vereine (Sozial-, Sport-, Kulturvereine) und Initiativen, die im Interesse der Stadtgemeinschaft aktiv sein wollen.
    b. Dabei sollen auch die Rüsselsheimer Schulen mit Studienfahrten animiert werden, in die Partnerstädte zu reisen oder „Begegnungen am dritten Ort" zu organisieren.

Begründung:
Der rege Austausch in der Vergangenheit mit den Rüsselsheimer Partnerstädten hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert. Von dem einstigen Austausch sind nur noch wenige Kontakte übriggeblieben, im Wesentlichen mit Evreux. Die Vergangenheit hat aber bewiesen, dass ein persönlicher Kontakt mit den Menschen der Partnerstädte wichtig ist, um Vorurteile abzubauen und gegenseitiges Verständnis aufzubauen.
Das Konzept unter dem Motto „Rüsselsheimer Städtepartnerschaften wiederbeleben" soll dabei breitgefächert aufgestellt werden und zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt den Austausch mit den Partnerstädten ermöglichen. Deshalb öffnet sich das Konzept auch über die in der Vergangenheit aktiven Verbände und Organisationen hinweg, um eine breite Akzeptanz und Mitarbeit zu erreichen.
Städtepartnerschaften waren und sind Teil einer Völkerverständigung, die eine zentrale Bedingung für ein friedvolles und offenes Europa ist. Um dies für die Zukunft zu verstetigen, sind auch die Rüsselsheimer Schulen vermehrt einzubinden. „Begegnungen am dritten Ort" sind dabei ein erprobtes Mittel der Begegnungspädagogik, das auch vom Jugendbildungswerk unterstützt werden könnte. Explizit fördert das Deutsch-Französische Jugendwerk solche Begegnungen am Drittort.
Städtepartnerschaften leben von den Menschen und nicht allein auf Hinweisschildern am Stadteingang.

Sanaa Boukayeo Fraktionsvorsitzende SPD	Maria Schmitz-Henkes Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen	Karl-Heinz Schneckenberger Fraktionsvorsitzender Die Linke/Liste Solidarität	Robert Adam-Frick Fraktionsvorsitzender FWR/FNR

SPD-Fraktion Rüsselsheim & Fraktion Bündnis 90/Die Grünen & Fraktion Die Linke/ Liste Solidarität & Fraktion FWR/FNR

Antrag Nr. 46

Fraktion FW/FNR

FREIE WÄHLER Rüsselsheim · Forum Neues Rüsselsheim

Fraktion Rüsselsheim SPD

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Rüsselsheim

21. Mai 2019

An das Büro des
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim am Main

Stadion am Sommerdamm
"Ausbau zur multifunktionalen Trainings- und Spielstätte"

Gemeinsamer Antrag von FW/FNR, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

1. Der Magistrat erarbeitet gemeinsam mit denen das Stadion nutzenden Vereinen, dem benachbarten Rüsselsheimer-Ruder-Klub (RRK), den höchstklassig spielenden Rüsselsheimer Fußballvereinen und dem Sportbund ein Konzept zur möglichst ganzjährigen und multifunktionalen Nutzung des Stadions.
2. Dabei ist im Besonderen zu prüfen:
   a) die Errichtung einer Flutlichtanlage mit moderner Technik (LED)
   b) Austausch des Belags von Naturrasen gegen Kunstrasen
3. Es sind die Vor- und Nachteile der Ertüchtigung aufzuzeigen, aufgegliedert nach Vereinen und Kosten für die Investition und den Betrieb sind abzuschätzen.
4. Die Inanspruchnahme von Fördermitteln ist zu prüfen und darzustellen.
5. Die Nutzung des Stadions für Kulturveranstaltungen im Sommer, z.B. open-air Konzerte, ist zu prüfen.

Begründung:

Fußball-Mannschaften wie „Türk Gücu Rüsselsheim" und „Dersim (SG) Rüsselsheim" könnten ihre Heimspiele künftig auch abends austragen. Dadurch würden die Böllenseesiedlung (SG/ Dersim) und die Friedrich-Ebert-Siedlung (Türk Gücu) von zusätzlichem Verkehr und Lärm durch angereiste Fans entlastet werden. Gegebenenfalls könnte so dem Rüsselsheimer-Ruder-Klub zu bestimmten Zeitfenstern ein weiterer Trainings- und Wettkampfplatz zur Verfügung gestellt werden, um dem sportlichen Aushängeschild Rüsselsheims weitere Optionen als sportliches Schwerpunktzentrum zu bieten.

Robert Adam-Frick Fraktionsvorsitzender FW/FNR	Sanaa Boukayeo Fraktionsvorsitzende SPD	Maria Schmitz-Henkes Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen

Fraktion FW/ FNR * c/o Robert Adam-Frick
Frankfurter Str. 84 * 65428 Rüsselsheim am Main * Tel.: 0163 9108746
Mail: robert.adam-frick@t-online.de

Antrag Nr. 47

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

WIR SIND RÜSSELSHEIM

Rüsselsheim am Main, den 16.06.2019

Antrag nach §17 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur Verweisung in der Sitzung am 27.06.2019

Antrag Flächenplanung Eselswiese

Im Rahmen der Planungen zur Entwicklung der Eselswiese prüft der Magistrat gemeinsam mit der Nassauischen Heimstätte folgende alternative Flächenaufteilung und gibt das Ergebnis der Prüfung in die weiteren Beratungen der Stadtverordnetenversammlung.

1. Das Mischgebiet verläuft nicht parallel zur Brunnenstraße, sondern wird zwischen Gewerbegebiet und Grünstreifen angesiedelt.
2. Die Gewerbefläche wird um 25.463 qm reduziert. Diese Fläche wird zu zusätzlicher Wohnbaufläche.
3. Der große Grünstreifen wird um 25.463 qm reduziert. Diese Grünfläche wird in das Wohngebiet als zusätzlicher großer Grünzug integriert.

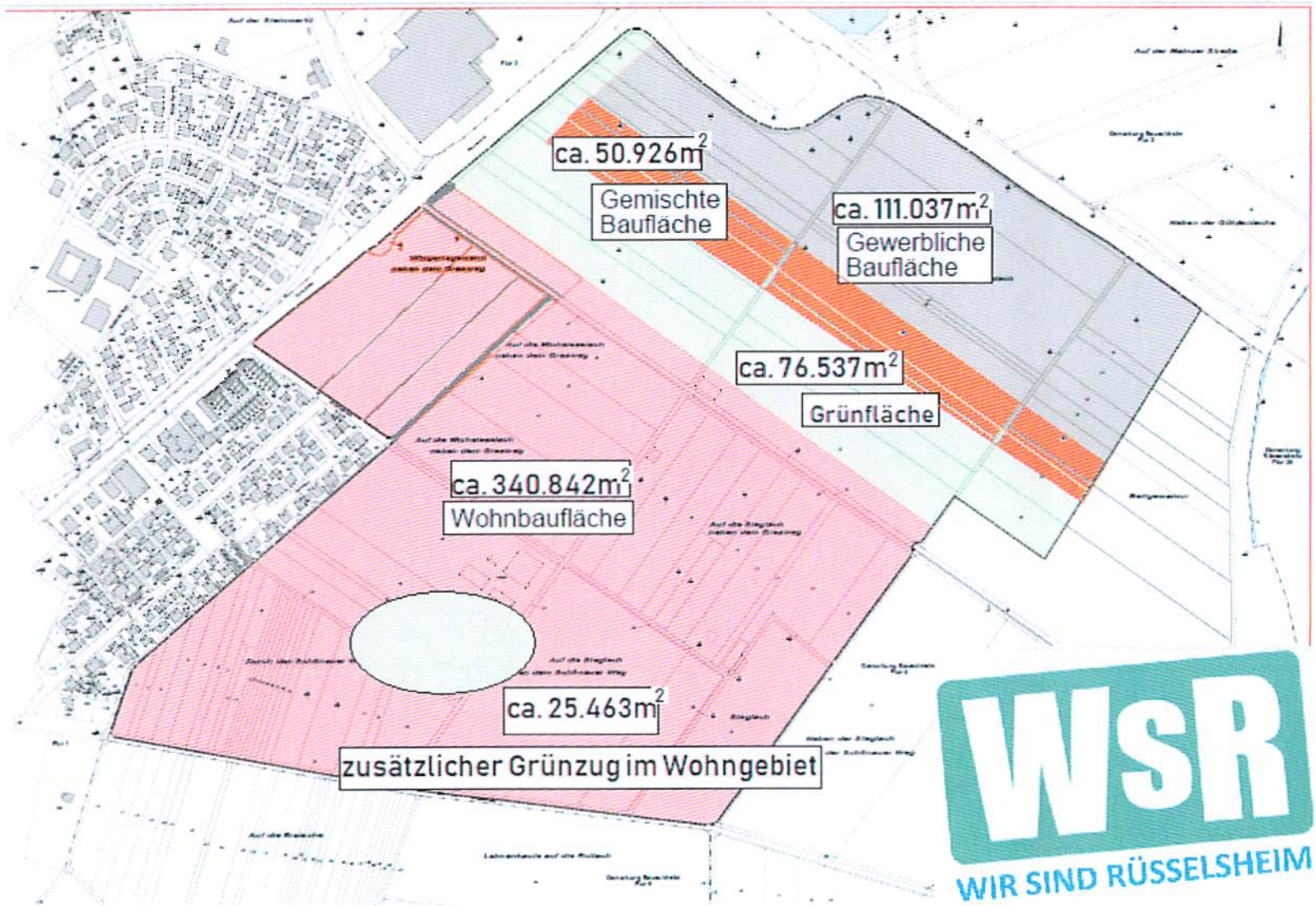
Begründung:
Die Ausweitung des Mischgebietes entlang der Brunnenstraße ist weder städteplanerisch, noch architektonisch wünschenswert. Die Umwandlung des bisher dort geplanten Mischgebietes in Wohngebiet gibt sowohl der Einfahrt in den alten Ortskern, als auch dem Zugang zum neuen Wohngebiet Eselswiese ein ansprechendes Erscheinungsbild.

Die Gewerbefläche wurde vor dem Verkauf von Opel an PSA mit 136.500 qm geplant. Mit den zukünftig freiwerdenden Flächen auf dem Opelwerksgelände stehen Rüsselsheim nun deutlich mehr bereits versiegelte Flächen für die Ansiedlung von Gewerbe zur Verfügung. Aus diesem Grund ist eine Reduzierung der Gewerbefläche zu Gunsten der Wohnfläche sinnvoll.

Der Grünstreifen ist zu massiv. Stattdessen sollte ein Teil davon als zusätzlicher Grünzug durch das Wohngebiet verlaufen, um diesem mehr Struktur zu geben. Zudem können für diesen Grünstreifen auch Flächen im Bereich des Wohngebietes genutzt werden, die sich aufgrund der Bodenbeschaffenheit nicht optimal zur Bebauung eignen.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Anlage: Skizze.



WSR
WIR SIND RÜSSELSHEIM

Antrag Nr. 48

Fraktion Rüsselsheim

SPD

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Zentrale Dienste
Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 14.05.2019

Antrag zur Verweisung

Sicherheit erhöhen durch mehr Polizeistreifen

Beschluss

1.) Der Magistrat wird beauftragt, die Schießerei in der Innenstadt zum Anlass zu nehmen, um Erkenntnisse bezüglich organisiertem Verbrechen und „Clan"-Strukturen in Rüsselsheim in Erfahrung zu bringen. Hierzu tritt der Magistrat an die Landespolizei heran. Über die Erkenntnisse ist in nicht-öffentlicher Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu berichten.

2.) Der Magistrat geht auf das Land Hessen und die zuständigen Ministerien zu, um eine Steigerung der Präsenz von Polizeikräften in den Nachstunden in Rüsselsheim zu erreichen. Ziel sollte eine Erweiterung um mindestens 3 Polizeistreifen in den Nachtstunden sein. Über die Ergebnisse der Gespräche ist nach der Sommerpause im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten.

3.) Der Magistrat nimmt Kontakt mit dem Justizministerium und dem Rüsselsheimer Amtsgericht auf, mit der Zielstellung die personelle Situation des hiesigen Amtsgerichts zu prüfen und soweit notwendig aufzustocken, um eine kurzfristige gerichtliche Abarbeitung von Straftaten insbesondere im Bereich der Jugendkriminalität zu gewährleisten.

Begründung

Offenbar gibt es in Rüsselsheim „clanartige" Strukturen, die ihre Auseinandersetzungen in den öffentlichen Raum tragen und so eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen. Erkenntnisse über diese Situation sind in nicht-öffentlicher Sitzung den Stadtverordneten darzulegen.

Erschwerend kommt hinzu, dass aus unserer Sicht die Besetzung der Wache in den Nachstunden zu gering ist, und in Folge auch die Anzahl der Streifen. Nur zwei Streifen mit jeweils 2 Polizisten sind für das gesamte Rüsselsheimer und Raunheimer Stadtgebiet in den Nachtstunden zuständig.

Fraktion
Rüsselsheim

SPD

Eine weitere Wache in der Innenstadt bindet aus unserer Sicht nur weiteres Personal im Gebäude, erhöht jedoch nicht die Präsenz. Zudem haben alle Rüsselsheimer Stadtteile gleichermaßen Anspruch auf Sicherheit.

Mit dem sogenannten „Rüsselsheimer Modell" war das Amtsgericht lange Vorbild beim Umgang mit jungen Straftätern. Es gilt zu prüfen, ob dieses Modell wieder reaktiviert werden kann und welche personelle Mehrkapazitäten hierfür ggf. notwendig sind.

Sanaa Boukayeo
SPD-Fraktionsvorsitzende

Antrag Nr. 49

Fraktion FW/FNR

FREIE WÄHLER Rüsselsheim

Forum Neues Rüsselsheim

Rüsselsheim am Main, 06. Mai 2019

An das Büro des
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode
Marktplatz 4
65424 Rüsselsheim am Main

ANTRAG:
Bußgeldkatalog Müllsünder (...für ein sauberes Rüsselsheim)

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Bußgeldkatalog für Müllsünder und Schmutzfinke zu erstellen:
Zur Orientierung, u.a. bezüglich der Höhe der Bußgelder, dient der (die) Bußgeldkatalog(e) der Stadt/ Städte Frankfurt am Main und/ oder Mannheim.
Die Bürger und Bürgerinnen der Stadt sind mittels eines Flyers im Vorfeld der Einführung des Bußgeldkatalogs entsprechend aufzuklären, bzw. zu informieren.

Begründung:

Immer wieder ist zu beobachten, dass Müll einfach achtlos weggeworfen wird, anstatt diesen ordnungsgemäß in die allerorts bereitstehenden Mülltonnen zu entsorgen.
Bedauerlicherweise ist diesen Müllsünder und Schmutzfinken scheinbar nur über Bußgelder zu Leibe zu rücken, um diese zu einem Umdenken und einem verantwortungsvollen Entsorgen des eigenen Mülls zu bewegen.
Uns geht es ausdrücklich nicht darum auf diesem Wege Einnahmen für die Stadt zu generieren, sondern dass unsere Stadt hoffentlich etwas sauberer wird.

Robert Adam-Frick
Fraktionsvorsitzender
FW/FNR

Fraktion FW/ FNR * c/o Robert Adam-Frick
Frankfurter Str. 84 * 65428 Rüsselsheim am Main * Tel.: 0163 9108746
Mail: robert.adam-frick@t-online.de

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

WIR SIND RÜSSELSHEIM

Rüsselsheim am Main, den 25.06.2019

Ergänzungsantrag zu TOP 24 „Bußgeldkatalog Müllsünder" zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, den bereits vorhandenen Bußgeldkatalog der Stadt Rüsselsheim zu überarbeiten.

2. Die Überarbeitung schließt die Anpassung von Bußgeldern und die Ausweitung auf neue und bisher nicht erfasste Vergehen mit ein.

3. Der Magistrat stellt in einer Drucksache dar, mit welchen Maßnahmen er die Kontrolle und Überwachung der im Bußgeldkatalog sanktionierten Vergehen sicherstellen will.

Begründung:

Städte wie Mannheim und Frankfurt haben in den letzten Monaten durch die Überarbeitung ihrer Bußgeldkataloge und den damit teils drastischen Erhöhungen von Bußgeldern für bereits kleinere Vergehen für Furore gesorgt.

https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/kampf-gegen-muell-in-staedten-250-euro-bussgeld-fuer-ausgespuckten-kaugummi/24240968.html

https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.neuer-bussgeldkatalog-in-mannheim-wird-kaugummi-ausspucken-richtig-teuer.c5a7e7c7-5cb3-4434-9ffe-b38704bddd3c.html

Die letzte Überarbeitung des Rüsselsheimer Bußgeldkataloges ist bereits einige Jahre her.

Seitdem hat sich die Sauberkeit in unserer Stadt deutlich verschlechtert. Bereits im November 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat aufgefordert, Ordnung und Sauberkeit in Rüsselsheim deutlich zu verbessern. Dies ist bisher nicht geschehen. Wir hoffen, dass mit einer erneuten Beschlussfassung, der Magistrat zumindest im Bereich Kontrolle und Sanktionierung tätig wird.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Antrag Nr. 50

Fraktion Rüsselsheim SPD | Bündnis 90 Die Grünen | Die Linke Liste Solidarität | Fraktion FW/FNR Freie Wähler Forum Neues Rüsselsheim

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 5. Juni 2019

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung

Antrag „Barrierefreies Spielen"
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine geeignete Fläche für einen inklusiven Spielplatz zu finden bzw. der Stadtverordnetenversammlung einen Vorschlag zu unterbreiten, welcher bestehende Spielplatz zu einem inklusiven Spielplatz umgebaut werden kann.
Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung eine Drucksache zur Beratung und Beschlussfassung vor, in der dargestellt wird, zu welchen Konditionen dies zu realisieren ist.

Begründung
Spielplätze, auf denen Kinder mit und ohne Behinderung miteinander spielen können, sind selten – in Deutschland sind es sogar nur fünf Prozent aller Spielplätze (vgl. ZDF 2.8.2018). Bisherige Spielplatzplanungen haben im besten Fall Spielangebote für Menschen mit Behinderung derart integriert, dass irgendwo auch ein Angebot beispielsweise für Rollstuhlfahrer*innen zu finden ist. Ein Zusammenspielen wird so nicht gefördert und der Wert, der im inklusiven Spiel steckt, damit auch nicht. Denn erst durch das gemeinsame Spiel werden Erlebnisse geteilt und trotz der Unterschiede können so Gemeinsamkeiten selbst entdeckt werden. Ein inklusiver Spielplatz bietet allen Kindern die Möglichkeit, am gemeinsamen Spiel teilzuhaben. Inklusive Spielräume sind abwechslungsreich. Sie berücksichtigen in ihrem Design die menschliche Vielfalt und gleichen somit nicht einfach nur „Defizite" aus. Ein so gestalteter Spielplatz bietet neuen Raum für gelebte Inklusion. Rollstuhlschaukeln, barrierefreie Wippen, ein Baumhaus, das mit einem Rollstuhl befahrbar ist, sind nur Beispiele, wie alle Kinder mitspielen können.

Sanaa Boukayeo Fraktionsvorsitzende SPD	Maria Schmitz-Henkes Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen	Karl-Heinz Schneckenberger Fraktionsvorsitzender Die Linke/Liste Solidarität	Robert Adam-Frick Fraktionsvorsitzender FW/FNR

WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

WIR SIND RÜSSELSHEIM

Rüsselsheim am Main, den 25.06.2019

Ergänzungsantrag zu TOP 26 „Barrierefreies Spielen" zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Idee der Schaffung eines speziellen Spielplatzes für behinderte Kinder wird verworfen. Die dadurch eintretende Ausgrenzung und Stigmatisierung widersprechen jeglicher Vorstellung von Inklusion, der sich die Stadt Rüsselsheim in der Vergangenheit verpflichtet hat.

2. Im Rahmen des normalen Ersatzes von Spielgeräten auf allen Spielplätzen im Stadtgebiet, werden auch inklusive Spielgeräte aufgestellt, die das gemeinsame Spielen von behinderten und nichtbehinderten Kindern ermöglichen.

3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Drucksache zu erarbeiten, die hierfür einen Kosten- und Zeitrahmen festlegt.

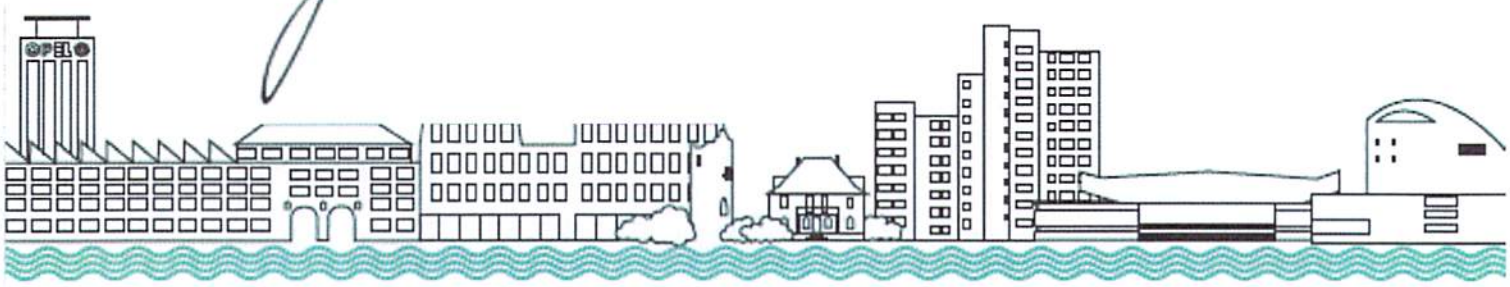
Begründung:

Die WsR Fraktion begrüßt die grundsätzliche Idee des Antrages der Rathauskoalition barrierefreies Spielen besser als bisher zu ermöglichen. Allerdings bewerten wir den Ansatz, einen *„speziellen Spielplatz"* für behinderte Kinder zu schaffen, extrem kritisch.

Die dadurch eintretende Ausgrenzung und Stigmatisierung *„eines Spielplatzes für Behinderte"* widersprechen jeglicher Vorstellung von Inklusion, der sich die Stadt Rüsselsheim in der Vergangenheit verpflichtet hat. Zum besseren Verständnis von Inklusion bei den antragstellenden Fraktionen sei hierzu nochmals die UN-Behindertenrechtskonvention zitiert:

„Nicht das von vornherein negative Verständnis von Behinderung soll Normalität sein, sondern ein gemeinsames Leben aller Menschen mit und ohne Behinderungen. Folglich hat sich nicht der Mensch mit Behinderung zur Wahrung seiner Rechte anzupassen ***(in dem er z.B. einen speziellen Spielplatz für Behinderte aufsuchen muss, um überhaupt spielen zu können)****, sondern das gesellschaftliche Leben Aller muss von vornherein für alle Menschen (inklusive der Menschen mit Behinderungen) ermöglicht werden."*

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim



Antrag Nr. 51

Fraktion Rüsselsheim SPD | BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN | DIE LINKE Liste SOLIDARITÄT | Fraktion FW/FNR FREIE WÄHLER Forum Neues Rüsselsheim

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 5. Juni 2019

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat stellt die durchgängige Befahrbarkeit des Mainuferweges für den Radverkehr auch während durchgeführter Veranstaltungen am Mainvorland sicher.
Für ein geregeltes Miteinander von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ist zu sorgen.

Begründung:

Der Mainuferweg hat in den letzten Jahren durch diverse Maßnahmen nicht nur in Rüsselsheim an Attraktivität gewonnen. Auch viele Pendler*innen nutzen ihn auf dem Weg zur Arbeit.
Die starke Nutzung durch Radfahrer*innen von Mainz in Richtung Frankfurt und umgekehrt wird allerdings zeitweise durch diverse Veranstaltungen in den Monaten Mai bis August stark beeinträchtigt.
Die Umleitungen für den Radverkehr, die bei Veranstaltungen am Mainvorland eingerichtet werden, sind unattraktiv und werden selten angenommen. Um das Image des Fahrrades bei den Bürger*innen zu verbessern und für eine höhere Akzeptanz des Fahrrades zu sorgen, ist eine zuverlässige Befahrbarkeit der ausgewiesenen Wege erforderlich.
Grundsätzlich soll der Mainuferweg auch während Veranstaltungen befahrbar bleiben.

Statt Mittel für die Sperrung auszugeben, sollten diese eher in die Verbesserung der Radinfrastruktur investiert werden.

Sanaa Boukayeo	Maria Schmitz-Henkes	Karl-Heinz Schneckenberger	Robert Adam-Frick
Fraktionsvorsitzende	Fraktionsvorsitzende	Fraktionsvorsitzender	Fraktionsvorsitzender
SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke/Liste Solidarität	FW/FNR